

FLZ Nr.3-2018  
Jahrgang 39  
September 2018



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



## Gemeinsam für Politikwechsel und gute Bildung



**am Samstag, den 22. September 2018  
in Frankfurt und Kassel**

### Frankfurt

9.45 Uhr Aufakt DGB Haus  
(W.-Leuschner-Str. 69-77, Nähe Hbf)  
10.30 Uhr Demo  
11.55 Uhr Kundgebung Opernplatz (Alte Oper)

### Kassel

9.45 Uhr Aufakt am Hauptbahnhof  
10.30 Uhr Demo  
11.55 Uhr Kundgebung Opernplatz

Auch das Verfassungsgericht empfiehlt:

## Geht demonstrieren!

Seit einiger Zeit gibt es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Streikverbot für Beamt\*innen. Natürlich stimmen wir mit dem eigentlichen Urteil, das an dem Streikverbot für Beamt\*innen festhält, nicht überein, weshalb davon auszugehen ist, dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als nächste Instanz damit befassen wird.

Interessant war allerdings ein Teil der mündlichen Begründung des Urteils, denn hier wurde darauf hingewiesen, dass Beamt\*innen auch ohne einen Streik die Möglichkeit haben, auf schlechte Arbeitsbedingungen hinzuweisen, beispielsweise durch die Teilnahme an Demonstrationen.

Dem schließen wir uns ausdrücklich an! Nicht als Ersatz für das Streikrecht, für das wir uns weiter einsetzen werden. Sondern als weitere Option für uns, auf die kaum fassbaren Zustände im Bildungssystem hinzuweisen! Dem von Kultusminister Lorz erzählten Sommermärchen, an hessischen Schulen laufe alles bestes,

muss eine deutliche Antwort entgegengesetzt werden.

Weitere Gründe für eine Demonstration findet ihr in den hier aufgeführten Überschriften der FLZ.

Dass Protest durchaus auch erfolgreich ist, zeigen die folgenden Beispiele:

- Abschaffung der Studiengebühren
- Möglichkeit der Rückkehr von G8 zu G9,
- im letzten Jahr Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamt\*innen und
- eine (wenn auch kleine) Reduktion der Arbeitszeit

All das sind durch Protest erzielte Erfolge. Nichts davon wurde uns freiwillig geschenkt! Genau hier müssen wir ansetzen und weitermachen, um weitere Verbesserungen zu erreichen.

**Also: Kommt am 22. September demonstrieren und setzt Euch für weitere Erfolge ein!**

## Impressum

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung

### Herausgeber

Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 291818, Fax: 069 – 291819 E-mail: info@gew-frankfurt.de

**Bürozeiten** Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:

dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr

donnerstags 14 bis 18 Uhr

**Vorsitzende** Sebastian Guttman, Laura Preusker

**FLZ-Team** Ernst Olbrich, Herbert Storn, Christine Rensing-Grüter

**Rechtsberatung** Heide Krodol-Johne Daniel Gnida, Thomas Sachs montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069–13377871, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.

**Satz & Layout** Karin Dienst, Christian Häussler

**Druck** ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH

**Auflage** ca. 3.200

**Erscheinungsweise** 4 bis 5 mal jährlich

**Fotos** wenn nicht anders angegeben: FLZ Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**Redaktioneller Hinweis:** Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor. Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Den Redaktionschluss der nächsten FLZ und weitere Termine finden Sie auf unserer Homepage [www.gew-frankfurt.de](http://www.gew-frankfurt.de)

**Unterrichtsversorgung an Frankfurter Schulen:**  
Doppelte Klassenführungen, Klassen über der Teilungsgrenze, vermehrte LehrerInnenwechsel, fehlende sonderpädagogische Unterstützung bei der inklusiven Beschulung...

**Zusätzliche Aufgaben erfordern zusätzliche Ressourcen**  
Frankfurter Erklärung II:  
keine Entwicklung zum Abbau sozialer Benachteiligungen im Bildungswesen

**Bildungsgipfel gescheitert:** Keine Entwicklung zum Abbau sozialer Benachteiligungen im Bildungswesen und keine Planungssicherheit für die an Schule Beteiligten

Die Landtagswahl 2018 lässt grüßen.

**1-Prozent-Linie von Schwarz-Grün war nicht mehr durchzuhalten**

**Wir haben noch eine Rechnung offen,** Herr Bouffier. Herr Beuth. Herr Al-Wazir!

**Nicht nur Gesundheit, auch Bildungsauftrag massiv und sichtbar gefährdet!**

Durch angemessene Besteuerung von Unternehmen und Reichen

**des Bildungssystems beenden!**

**die strukturelle Unterfinanzierung**

Viele gute Gründe, am 22. zu demonstrieren, dokumentieren die Schlagzeilen der vergangenen Jahre.

## GEW-Hessen:

# Kultusminister Lorz redet sich die Welt schön!

Die heutigen Ausführungen von Kultusminister Alexander Lorz sind auf vehementen Widerspruch der Vorsitzenden der hessischen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Maïke Wiedwald und Birgit Koch – gestoßen. Lorz hatte unter anderem von einer einmalig guten Unterrichtsversorgung und Ausstattung der Schulen mit Stellen und Personal gesprochen.

Dazu sagte Maïke Wiedwald: „Kultusminister Lorz hat offensichtlich den Bezug zur Realität in den Schulen vollkommen verloren. Lehrkräftemangel und steigende Zahlen von Schülerinnen und Schülern – gerade in den Ballungsräumen – lassen die Klassen-Größen häufig bis zur Obergrenze und darüber hinaus anwachsen.

Oft sind die Unterrichtsräume zu klein, Schulgebäude sind nicht selten in einem maroden Zustand. Im Frühjahr mussten in Hessen sogar drei Schulen aufgrund von Einsturzgefahr schließen. Dazu verliert der Kultusminister kein Wort.“

Birgit Koch forderte darüber hinaus Verbesserungen im Personalbereich: „Es wäre gut, Herr Lorz würde sich mit dem realen schulischen Alltag befassen und keine Märchen erzählen. Um dem bestehenden Lehrkräftemangel zu begegnen, brauchen wir einen deutlichen Ausbau der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und Stundenseminaren. Die Anpassung der Besoldung der Grundschullehrkräfte an das Niveau A13 muss endlich erfolgen, um mehr angehende

Lehrkräfte für die Grundschulen zu gewinnen und auch zu halten. Ganz generell brauchen alle Lehrkräfte spürbare zeitliche Entlastungen, um ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag nachkommen zu können.“

Bei dem Verweis von Lorz darauf, dass 70 Prozent aller Schulen Ganztagsangebote bieten, handelt es sich nach Meinung von Maïke Wiedwald um eine Mogelpackung: „Tatsächlich ist Hessen mit seiner geringen Zahl von gebundenen Ganztagschulen das Schlusslicht unter allen Bundesländern. Bei dem Pakt für Nachmittag handelt es sich um ein aus unserer Sicht schlechtes Betreuungsangebot, mit einem echten Ganztagschulskonzept hat das nichts zu tun. Wir brauchen



„Alles ist gut, man muss nur wegschauen“ steht auf dem gelben Plakat bei der Aktion am 26. Mai dieses Jahres auf der Frankfurter Zeil.

**HESSEN**

**Hessisches Kultusministerium**

**Elternbrief zum Schuljahr 2018/19**

**Sehr geehrte Eltern, liebe Schulgemeinde,**

ich begrüße Sie sehr herzlich im neuen Schuljahr und hoffe, dass Sie die Ferienzeit mit Ihrer Familie und Ihren Freunden genießen konnten. Unseren Erstklässlerinnen und Erstklässlern wünsche ich einen guten Start in ihre nun beginnende Schullaufbahn. Mit diesem Elternbrief möchte ich Ihnen einige aktuelle Entwicklungen aus dem Bereich der hessischen Schulen vorstellen und Ihnen wichtige Informationen an die Hand geben.

**Lehrerversorgung im neuen Schuljahr weiterhin auf hohem Niveau**

Ein Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt und über das Sie möglicherweise auch bei sich zu Hause oder in Ihrer Schule gesprochen haben, ist die Versorgung unserer Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern.

Mein oberstes Ziel ist eine gute Unterrichtsversorgung und Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften. Dafür haben wir in den zurückliegenden vier

gewachsen ist. Der Grund dafür liegt in der gestiegenen Gesamtschülerzahl der vergangenen drei Jahre. So haben wir in Hessen seit dem Jahr 2015 über 50.000 Schülerinnen und Schüler durch Flucht und Zuwanderung aufgenommen.

Trotz dieser Herausforderung haben wir uns im Gegensatz zu anderen Ländern entschieden, für den in der Stundentafel vorgesehenen Unterricht auch weiterhin nur auf qualifizierte Lehrkräfte zu setzen.

Daher haben wir in Hessen ein Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Grund- und Förderschullehrkräften auf den Weg gebracht. Es beinhaltet unter anderem Programme zur Weiterbildung von Lehrkräften anderer Schulformen für den Einsatz in der Grundschule, die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen um 50 Prozent und den vorübergehenden Einsatz von pensionierten Lehrkräften beziehungs-

endlich einen breiten Ausbau von rhythmisiert arbeitenden Ganztagschulen, die personell und auch in Hinblick auf die Infrastruktur sachgerecht ausgestattet werden. Schließlich ist es unbestritten, dass nur auf solch einer Grundlage eine angemessene individuelle, fachliche und auch soziale Förderung von Kindern und Jugendlichen erfolgen kann.“

Birgit Koch kann die Behauptung, mit der Einführung der inklusiven Schulbündnisse sei hessenweit eine flächendeckende inklusive Bildungslandschaft geschaffen worden, nicht nachvollziehen: „Das Ministerium delegiert in erster Linie die Frage der Aufteilung der viel zu

knapp bemessenen Förderressourcen in die Schulbündnisse. So delegiert es die Verantwortung an die allgemeinen Schulen, Förderschulen und Beratungs- und Förderzentren, ohne diese angemessen auszustatten. Ein wirklich inklusives Schulsystem im Sinne einer Schule für alle sieht anders aus.“

Insgesamt, so das Fazit von Koch und Wiedwald, seien die Ausführungen von Lorz wohl nur mit dem beginnenden Wahlkampf zu erklären. Die bestehenden Probleme an den Schulen in Hessen würden von ihm offensichtlich ausgeblendet.

*Pressemitteilung vom  
2. August 2018*

## Hessen hat Lehrkräfteplanung verschlafen

FIBS-Prognose ist eindeutig: Steigende Schülerzahlen und Lehrkräftemangel

Am 7. August 2018 hat die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag die Studie „Prognose der Schülerzahl und des Lehrkräftebedarfs an allgemeinbildenden Schulen in Hessen bis 2030“ vorgestellt, die das FiBS (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin) im Auftrag der Fraktion DIE LINKE erarbeitet hat.

Die FiBS-Prognose ist dabei eindeutig: Steigende Zahlen von Schülerinnen und Schülern führen zu einem steigenden Lehrkräftebedarf in Hessen. Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen wird bis 2030 von zuletzt 630.000 auf 720.000 ansteigen. Die Entwicklung führt zu einem Bedarf von 57.250 Lehrkräften. Das sind 6.000 mehr als im Schuljahr 2017/2018 an hessischen Schulen gearbeitet haben.

Die vorgelegte Prognose geht damit von einem höheren zusätzlichen Bedarf aus, als es bei den von der Kultusministerkonferenz und vom Hessischen Statistischen Landesamt im Frühjahr vorgelegten Prognosen der Fall ist. Steigende Geburtenzahlen, eine zunehmende Zuwanderung aus anderen Bundesländern und dem Ausland führen laut dem Forschungsinstitut da-

zu, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler ab dem Jahr 2020 insgesamt ansteigen wird. Dr. Dieter Dohmen (FiBS): „Der Einstellungsbedarf beträgt unter Berücksichtigung der hohen Zahl vorzeitig ausscheidender Lehrerinnen und Lehrer bis zu 26.000. Um diese Größenordnung erreichen zu können, ist vor allem ein Ausbau der Kapazitäten für den Vorbereitungsdienst erforderlich. Wenn die vorliegenden Daten nicht täuschen dann ist der Übergang in das Referendariat entweder die größte Hürde oder viele Absolventinnen und Absolventen eines Lehramtsstudiums verzichten freiwillig darauf.“

Zusätzlich werden weitere Lehrkräfte für zusätzliche Aufgaben und Bereiche wie der Ganztagschule benötigt. In der FiBS-Studie findet man hier ebenso eine Erläuterung wie auch eine Darstellung der Bedarfe für Schulsozialarbeit. Zum Thema Inklusion und dem hierfür erforderlichen Lehrkräftebedarf macht die vorliegende Studie keine Aussage.

Maïke Wiedwald, Vorsitzende der GEW Hessen kommentiert die Ergebnisse der Studie:

„Die vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie

erstellte Studie zeigt auf, dass die offiziellen Prognosen der Kultusbürokratie nach wie vor sehr vorsichtig gerechnet sind. Wir brauchen aber genügend neue Lehrkräfte, nicht nur wegen steigender Zahlen von Schülerinnen und Schülern, sondern auch um die altersbedingt ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen. Um den Kindern und Jugendlichen eine hochwertige Schulbildung zu ermöglichen, sind genügend gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer unerlässlich. Inzwischen befinden

wir uns jedoch bei vielen Lehrkräften in einer akuten Mangelsituation, die sich noch weiter zu verschärfen droht. Darunter leiden nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Lehrkräfte. Das macht deutlich, wie wichtig eine solide Abschätzung des zukünftigen Bedarfs ist.

Auch der Ausbau von Ganztagschulen ist nur mit zusätzlichem Personal möglich – Lehrkräfte wie auch sozialpädagogische Fachkräfte. Für weitergehende Qualitätsverbesserungen, etwa durch klei-

nere Klassen, sind ebenfalls mehr Lehrkräfte erforderlich.

Ein Engpass in der Lehrerbildung, auch das zeigt die Studie auf, war in den letzten Jahren der Vorbereitungsdienst. Daher müssen auch die Kapazitäten der Stundenseminare deutlich ausgebaut werden. Darüber hinaus benötigen die Mentorinnen und Mentoren an den Schulen endlich eine Entlastung für ihre wichtige Aufgabe.

Eine Reduzierung der Pflichtstunden und eine Besoldung der Grundschullehrerinnen und -lehrer nach A13 ist notwendig, um die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern. Die hohe Zahl von mehr als 900 Kolleginnen und Kollegen, die im Schuljahr 2016/2017 vorzeitig in den Ruhestand gegangen sind, ist auch ein deutliches Zeichen für die schlechten Arbeitsbedingungen an hessischen Schulen.“

Wir freuen uns, dass die Fraktion DIE LINKE diese Studie ermöglicht hat, die einen wichtigen Beitrag für eine fundierte Bedarfsplanung im Bundesland Hessen leistet.



Landespressekonferenz 7. August 2018

Foto v. l.: Von der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag Thomas Klein (Pressesprecher), Gabi Faulhaber (bildungspolitische Sprecherin), Dieter Dohmen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie), Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende und Maïke Wiedwald, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen

*GEW Hessen  
Pressemitteilung vom  
7. August 2018*



Fotos von der Aktionskonferenz des Bezirksverbands am 29.8. 2018 im DGB-Haus mit der Bundesvorsitzenden Marlies Tepe (großes Bild Mitte). Im Mittelpunkt stand vormittags die Vorstellung der niedersächsischen Arbeitszeit- und -belastungsstudie durch Frank Mußmann mit über 100 TeilnehmerInnen (Bild oben).



## Die Angst lernt mit

### Gelingende Integration braucht Bildungsinvestitionen!

Dass die von Tuvia Tenenbom in seinem Buch „Unter Flüchtlingen“ beschriebenen und auch in Hessen verbreiteten Wohnbedingungen – Käfighaltung wäre ein passenderer Ausdruck – jugendlicher Migranten\*innen der Bildungspolitik in den Jahren seit dem „Willkommens-Sommer“ kein Thema der Bildungspolitik abgaben und -geben, ist bezeichnend. Dabei kann von der öffentlich vielbeschwerenen Chancengleichheit „unseres“ Bildungssystems nicht ansatzweise die Rede sein, wenn Menschen unter Bedingungen existieren müssen, die häusliches Lernen unmöglich machen. Wohnen in aus Pressspanplatten zusammengesteckten zellenartigen Unterkünften ohne „Zimmer“ decke, daher ohne Schallisolierung und so unter Dauerbeschallung von den Nachbarsunterkünften bis in die frühen Morgenstunden, immer mit wenigstens einem weiteren Mitbewohner, ohne jede Rückzugsmöglichkeit ist nicht nur in jeder Hinsicht menschenunwürdig, sondern verhindert auch jeden Versuch, Hausaufgaben zu erledigen, im Ansatz. Nichtsdestoweniger finden sich zahlreiche Jugendliche, die jahrelang (!) diesen Bedingungen ausgesetzt sind, in InteA<sup>1</sup>-Klassen, um dort zu beweisen, dass sie „würdig“ sind, für einen dauerhaften Aufenthalt in der BRD in Frage zu kommen.

Man mag es noch dem unvorhersehbar explosiv anwachsenden Bedarf an Beschulungsmöglichkeiten für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge in Folge der „Flüchtlingskrise“ 2015 zuschreiben, dass ein Bildungsgang wie InteA von seinen Anfängen an durch improvisatorische Merkmale ausgezeichnet war, aber auch drei Jahre später ist in diesem Bereich nicht nachgebessert worden. „Warum auch?“, scheinen sich

die Verantwortlichen zu sagen. Die Beschulung der Jugendlichen in den Beruflichen Schulen des Landes vollzieht sich im Rahmen der „Ausländergesetzgebung“ und diese steckt für die Betroffenen Bedingungen ab, die es in sich haben. „Die Neuausrichtung der Asylverfahren [...] (mitentwickelt von der Internationalen Unternehmensberatung McKinsey) im Jahre 2016 verlagert die Selektion der Flücht-

auch an jenen der Lehrkräfte und ihren Schulen zerran.

Die Kultusbürokratie war es damit zufrieden, ohne ein Curriculum oder überhaupt einen Bildungsplan erstellt zu haben, im Verlauf der extensiven Ausweitung des InteA-Programms dann wenigstens im Nachgang der Einrichtung des Bildungsgangs den Schüler\*innen abzuverlangende Prüfungsanforderungen „anzubieten“. Dazu gehört

Sobald ich aus dem Lagerbereich heraus bin, setze ich mich.

Ich muss mich sammeln und darüber nachdenken was ich gerade gesehen habe. Ich habe nicht damit gerechnet, dass ein Land wie Deutschland Menschen so behandelt.

Tuvia Tenenboom, Allein unter Flüchtlingen - 2017

linge bereits in die Phase des Asylverfahrens durch die Bildung von Clustern, denen jeder Asylsuchende zugewiesen wird. Sie bestimmen den Ablauf des Asylverfahrens, aber justieren auch die Instrumente zur Steuerung in den Arbeitsmarkt.“<sup>2</sup> Die Schüler\*innen in InteA setzen sich überwiegend aus Personen aus Cluster I (Migranten\*innen mit gesicherter Bleibeperspektive und Cluster III (»komplexe« Fälle unklaren Ausgangs) zusammen. Letztere „werden in einen regelrechten darwinistischen Wettlauf um ein Bleiberecht geschickt. Einen besonderen Vorsprung bekommen jene, die bei Einreise noch keine 17 Jahre alt sind, sie können im Wettlauf schon dann gewinnen, wenn sie es schaffen, auf irgendeine Weise vier Jahre zu bleiben und in irgendeine Ausbildung, auch Schule, integriert zu sein. Für die anderen aber gilt es, die Leiter der Integration auf einem vorbestimmten Weg ohne Fehltritt zu erklimmen.“<sup>3</sup> Damit ist ein Teil der gesetzlich normierten Kräfte benannt, die an den Nerven der Lernenden und damit natürlich

eine Deutschprüfung, die dem Niveau B1 der europäischen Sprachzertifikate entspricht und damit Sprachkenntnisse nachweisen soll, die im sog. Referenzrahmen dieses Formats als nicht einmal ausreichend für die Aufnahme einer Ausbildung beschrieben werden. Das Angebot einer externen HSA-Prüfung konnte ohnehin nur von einer Minderheit erfolgreich wahrgenommen zu werden. Die betroffenen Kollegen\*innen und ihre Schulen haben in den letzten drei Jahren sicher eine – den Umständen entsprechende – qualitativ hochstehende, teils aufopferungsvolle Arbeit geleistet, die dazu führte, dass für viele der Betroffenen wenigstens die Schule zu dem Ort wurde, an dem Willkommenskultur dau-

10 Quadratmeter Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz) müssen reichen!

erhaft Gestalt annahm. Das ändert aber nichts an der notwendigen Kritik, die an den politisch Verantwortlichen für Umstände geübt werden muss, die das Menschenrecht auf Bildung der Migranten\*innen in vielerlei Hinsicht mit Füßen treten, was strenggenommen nur als organisierte Verantwortungslosigkeit bezeichnet werden kann.

Die Landes-GEW, aber auch GEW-nahe Initiativen wie beispielsweise Kollegen\*innen der Merton Schule oder des GPRLL am Staatlichen Schulamt Offenbach haben in ausführlichen Situationsanalysen und darauf fußenden Forderungskatalogen auf die Misere eines völlig unzureichend ausgestatteten

Druck mittels Abschiebedrohungen gravierend verletzt. Wie soll eine Beschulung in integrativer Absicht erfolgreich sein, wenn das auch immer mögliche schulische Scheitern an den vorgegebenen Leistungsanforderungen nicht wie bei Aufenthaltsberechtigten zu vergleichsweise „harmlosen“ persönlichen Nachteilen wie einem verlorenen Jahr, sondern zur Abschiebung in ein Kriegsgebiet mit Bedrohung des eigenen Lebens führt? Es ist derzeit viel vom verstärkten Angebot eines „Spurwechsels“ für diejenigen die Rede, die ohne wirkliche Bleibeperspektive durch Schule und Ausbildung das „Glück“ genießen können sollen, in das Cluster der mit einer



dauerhaften Aufenthaltsgewährung Ausgestatteten zu wechseln. Dann müssen aber auch Bildungs- und Sozialpolitik für die Herstellung von Bedingungen sorgen, die ein Lernen ohne unmittelbare Existenzangst und -nöte ermöglichen. Der zurzeit in den Medien vielbeklagte Lehrer\*innenmangel nimmt in der Beschulung von jugendlichen Migranten\*innen eine für die Betroffenen noch einmal verschärfte Form an und zeigt in klarem Licht die organisierten Versäumnisse der letzten Jahre auf, in denen sich eine aufs Spardiktat festgenagelte Kultusbürokratie um den hessischen Anteil an den Bildungserfordernissen der Einwanderungsgesellschaft BRD gedrückt hat.

Ernst Olbrich

- 1 InteA: Integration durch Anschluss und Abschluss
- 2 Dorothee Frings, Arbeitsmarktsteuerung im Bereich ungesteuerter Migration in: Altenried et. al (Hg.): Logistische Grenzlandschaften – Das Regime mobiler Arbeit nach dem Sommer der Migration, Münster 2017, a.a. O. S. 172
- 3 Ebda. S. 173

# Bildung braucht bessere Bedingungen

## Und diese Bedingungen sind auch finanzierbar!

Das Land Hessen hat seine Handlungsfähigkeit durch die Spar- und Kürzungspolitik in den vergangenen Jahren massiv eingeschränkt. Auch ein gesellschaftlich so zentraler Bereich wie Bildung und Erziehung ist davon stark betroffen. Deshalb erleben Eltern, dass ihre Kinder nicht so gut wie möglich gefördert werden können. Schülerinnen und Schüler sehen sich Lehrkräften gegenüber, die kaum Zeit für sie haben und in der Kita ist eine Erzieherin oft allein in der Gruppe. Zudem fehlen Plätze in Kindertageseinrichtungen. Kinder und Jugendliche werden in den Schulen durch nicht dafür ausgebildetes Personal unterrichtet. Studierende finden nicht die Studienplätze, die sie wünschen. Potentielle Lehramtsstudierende scheitern am Numerus Clausus. Für die im Bil-

dungsbereich Beschäftigten hat die chronische Unterfinanzierung in Hessen gravierende Folgen: Ihre Arbeitszeiten sind zu hoch und es fehlen überall Fach- und Lehrkräfte, was zu einer unverträglich hohen Arbeitsbelastung führt. Die Gruppengrößen sind in Kitas, Schulen und Hochschulen zu groß. Die Bildungsinfrastruktur – insbesondere die Schulgebäude, aber auch die Räumlichkeiten der Kitas und Hochschulen – ist oft in einem katastrophalen baulichen Zustand.

### Bessere Bedingungen in der Bildung sind jedoch finanzierbar!

Das Land Hessen verfügt in seinem laufenden Haushalt über Spielräume aufgrund der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen. Doch statt diese für Verbesserungen im Bildungsbereich zu nutzen, plant das Land Hessen zusätzlich zur Schuldenbremse noch den weiteren Abbau von Schulden. Solange in Hessen – wie zuletzt in Kassel und in Neukirchen – Schulen aufgrund von Einsturzgefahr geschlossen werden müssen, sollte für das Land besser die Sanierung der

maroden Schulinfrastruktur Vorrang haben.

Eine generationengerechte Finanz- und Bildungspolitik sieht anders aus. Die GEW Hessen fordert deshalb konkret 500 Millionen Euro zur Finanzierung eines Sofortprogramms für Bildung: 100 Millionen Euro für Kindertagesstätten, 150 Millionen Euro für die Hochschulen, 250 Millionen Euro für den Schulbereich.

Zur Finanzierung von Verbesserungen im Bereich von Erziehung und Bildung, **die über das Sofortprogramm hinausgehen** und für weitere notwendige Infrastrukturverbesserungen, plädieren wir für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer.

Wir benötigen langfristig zur Wiederherstellung einer guten Bildung in Kita, Schule und Hochschule eine verlässlich gesicherte Finanzie-

rung. Deshalb soll das Land Hessen zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer im Bundesrat aktiv werden.

Die GEW Hessen ruft alle ihre Mitglieder sowie alle in Bildungsfragen Engagierten auf, sich an den

### Demonstrationen und Kundgebungen am Samstag, den 22. September 2018 in Kassel und Frankfurt

zu beteiligen und das Anliegen „Bildung braucht bessere Bedingungen – 500 Millionen für Bildung sofort!“ laut und deutlich in den Hessischen Wahlkampf zu tragen.



Landesregierung lässt Lehrkräfte im Regen stehen – das perlt aber nicht an uns ab.

## Bouffier will Erzieher\*innenausbildung verkürzen – GEW widerspricht

In Hessen fehlen Fachkräfte – für die von der GEW geforderte Fachkraft-Kind-Relation (1:3 für die unter Dreijährigen, 1:8 für die Altersgruppe bis sechs Jahre und 1:10 für die Hortbetreuung) sind dies 7.500 Fachkräfte, so neuere wissenschaftliche Studien. Es fehlt aber auch an guten Arbeitsbedingungen und guten Ausbildungsbedingungen. Bei einem Kita-Besuch in Bad Vilbel (Wetterau) sagte der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Volker Bouffier: „Wenn wir Lehrer in sechs Semestern zu einem Abschluss bringen, dann müsste das vielleicht auch für Erzieherinnen gelingen.“ Das sei eine Debatte Wert.\*

Auf dem DGB-Kongress in diesem Frühjahr wurde ein Antrag eingebracht, der eine duale Ausbildung auch für Erzieherinnen und Erzieher unter Einbezug in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) fordert. Wie wichtig eine gute, fundierte Ausbildung ist, wissen alle die, die in der Fach-Praxis jeden Tag ihre Frau oder ihren Mann stehen. Ist nun

eine mit dieser Forderung einhergehende einfache Verkürzung der Ausbildung an den Schulen für Sozialpädagogik die Lösung?

Die Fachschulen für Sozialpädagogik stammen aus den 70iger Jahren, als es darum ging, den Beruf zu professionalisieren – weg vom „Kindergarten-Tanten-Image“ und weg vom „die spielen ja nur“-Bild, das damals herrschte. In dem damaligen Reformprozess wurden Fachhochschulen für Sozialpädagogik breit diskutiert. Dies scheiterte an den Zugangsvoraussetzungen für die Fachhochschulen, die mindestens ein Fachabitur verlangen. Als Kompromiss aus der Diskussion er fand man die Fachschulen für Sozialpädagogik. Allerdings um den Preis, dass der Ausbildung zu staatlich anerkannten Erzieher\*innen eine zweijährige vollschulische Ausbildung zur Sozialassistentin vorgeschaltet wird. Und um den Preis, dass es 4 Jahre lang keinerlei Ausbildungsvergütung gibt, an einigen privaten Schulen sogar noch Schul-

geld gezahlt werden muss und erst das Anerkennungsjahr Praxis und ein Praktikant\*innen-Entgelt bringt.

Der Modellversuch PIA (Praxisintegrierte Ausbildung) in Baden-Württemberg zeigt, dass es mit dieser Ausbildungsform gelingt, bis zu 30% mehr Nachwuchskräfte zu gewinnen, so die Evaluation des Modellversuchs. Der Anteil der männlichen Absolventen sei gegenüber der herkömmlichen Ausbildung um 5% leicht gestiegen. Besonders interessant sei die praxisintegrierte Ausbildung für Menschen, die einen eigenen Haushalt führen und zum Haushaltseinkommen beitragen müssen. Auch seien viele dabei, die bereits eine andere Berufsausbildung absolviert hätten. Bei PIA werden das Anerkennungsjahr und die zweijährige vollschulische Erzieher\*innen-Ausbildung so aufgeteilt und miteinander verzahnt, dass eine Art duale Ausbildung entsteht, die auch vergütet wird. Die Ausbildung wird also nicht einfach „verkürzt“, wie dies Ministerprä-

sident Bouffier so flockig gefordert hat. Angesichts der Aufgaben, der Problemstellungen und der Verantwortung für die Entwicklung der Kinder ist dies nach Meinung der GEW auch nicht sinnvoll.

Im Gegenteil wird seit der oben beschriebenen Reformdebatte die Ausbildung der Erzieher\*innen auf Hochschulniveau diskutiert, was die GEW befürwortete. (...)

Gut ist, dass die PIA's bzw. deren Ausbildungsvergütung von den Gewerkschaften in der vergangenen Tarifrunde zum TVöD tariflich vereinbart worden sind. Diese Regelung des TVöD für PIA's muss als Maßstab auch für nicht-tariflich gebundene Träger gelten. (...)

Im Modellversuch wurde die Arbeitswoche in zwei Praxistage und drei Fachschultage geteilt. Die Möglichkeit, die Erfahrungen in der Praxis direkt in der Fachschule reflektieren und bearbeiten zu können, wurde von den Teilnehmer\*innen des Modellversuchs positiv bewertet. Diese Aufteilung brachte aber auch einen erhöhten Koordinierungsaufwand der Einrichtungen mit den Fachschulen einerseits und auch in den Einrichtungen selbst mit sich.

Es werden andere Anforderungen an die Anleitung gestellt, es entsteht ein höherer Kommunikationsaufwand, um die PIA's in den Arbeitsalltag einzubeziehen und ihre Beteiligung am Einrichtungsgeschehen sicher zu stellen. Um all dies zu gewährleisten, müssten in Hessen die Freistellungen der Leitungen deutlich angehoben werden, die Fachpraxisanleiter\*innen entlastet werden. (...)

Bessere Arbeitsbedingungen in den Kindereinrichtungen sind unabdingbar, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Eine Verkürzung

der Ausbildungszeiten und die damit notwendig einhergehende Verschlechterung der Ausbildung ist dagegen mit Sicherheit der falsche Vorschlag.

GEW Hessen 20. 8. 2018

### 100 Millionen für den qualitativen Ausbau der Kitas in Hessen!

Einladung an alle Kolleg\*innen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst in einem gemeinsamen Block zu demonstrieren!

Die GEW demonstriert für ein Sofortprogramm für Bildung – 500 Millionen Euro aus dem Landshaushalt Hessen. 100 Millionen Euro davon sollen in den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten in Hessen und zur Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation eingesetzt werden.

Um diese und andere Forderungen aus unseren Arbeitsfeldern deutlich und sichtbar auf der Demo zu vertreten, laden wir alle die Kolleg\*innen des Sozial- und Erziehungsdienstes, die nach Frankfurt kommen werden, dazu ein, dort gemeinsam in einem Block zu demonstrieren. Auch der DGB und ver.di unterstützen die Demo, mobilisiert euch und eure Kolleg\*innen und lasst uns gemeinsam für eine bessere Qualität unserer Arbeitsbedingungen eintreten!

Der Treffpunkt des SuE-Blocks wird beim Demoauftritt am DGB-Haus gut erkennbar sein!

Bis dann!

Andreas Werther

#### Podiumsdiskussion

### „Die Gesellschaft aus dem Griff der Finanzmärkte befreien“

Freitag, den 14. September 2018, 19:30h, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77

Es diskutieren: Dr. Rainald Ötsch (Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, Attac-Mitglied) · Suleika Reiners (Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag und für NGOs, Finance-Watch-Mitglied) · Dr. Dorothea Schäfer (Forschungsdirektorin Finanzmärkte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin) · Prof. Christoph Scherrer (Professor an der Universität Kassel, Fachgebietsleitung „Globalisierung und Politik“)

#### Protestzug und Performance unter dem Motto

### „Finance for the people – für die Vielen, nicht die Wenigen“

Samstag, den 15. September 2018, 11h, Willy-Brandt-Platz

Im Anschluss gibt es noch weiteres Programm. Lasst euch überraschen! Nehmt euch am besten den ganzen Nachmittag und Abend frei...

Am 15. September jährt sich die Lehman-Pleite – der Höhepunkt der Finanzkrise – zum zehnten Mal.

Die Attac-Aktion wird unterstützt von den Jusos in der SPD, der GEW Hessen und Frankfurt und der Partei DIE LINKE. Hessen.

